

UMWELTSCHUTZ: NEUE LOBBY?

– Maneka Gandhi mit ersten Problemen –



Die Luftverschmutzung durch Verkehr in den Städten nimmt immer mehr zu (Foto: Walter Keller)

Zwanzig Jahre nachdem der Umweltschutz Eingang in die Politik der westlichen Industrienationen gefunden hat, scheint nun auch in Indien der Moment gekommen, da derartige Überlegungen ernsthaft in der aktuellen Tagespolitik der neuen Regierung Berücksichtigung finden. Während anderswo Fragen des Umweltschutzes schon seit Jahren Faktoren von entscheidender politischer Wichtigkeit sind, hat mit Maneka Gandhi erstmals eine Persönlichkeit die Leitung des Umweltressorts übernommen, die man als "Grüne" Politikerin bezeichnen könnte.

Mit ihrer Amtsübernahme hat der Umweltschutz plötzlich einen ganz anderen Stellenwert in der indischen Gesellschaft erlangt. Die selbstmörderischen Auswirkungen der Vernichtung der Waldbestände, die Verschmutzung und Vergiftung der Flüsse und die Zerstörung der Böden sind nunmehr zum vieldiskutierten Thema geworden (siehe auch 'Südasiens', 2-3/90).

Über Nacht hat sich das Umweltministerium vom lange Zeit vernachlässigten und unbeachteten Alibiministerium zu einem Ort fast hektischer Aktivität verwandelt. "Im letzten Monat haben wir aus dem Umweltministerium mehr Briefe und Anfragen erhalten als in den gesamten fünf Jahren vorher," bemerkte ein Sprecher des Energieministeriums. "Mein Ministerium kann nur auf Kosten der Zukunft unserer Nation ignoriert wer-

den," betont die 35-jährige Umweltministerin Maneka Gandhi. "Die Zeiten, da dieses Ministerium bedeutungslos war, sind endgültig vorbei, und das nicht nur, weil ich es jetzt leite." Ohne Zweifel eine lobenswerte Einstellung, doch was steckt hinter diesen Worten?

Maneka ist nicht das erste Mitglied der Familie Gandhi, das Interesse an der Erhaltung der Umwelt bekundet. Die Familie ihres verstorbenen Mannes war voll von 'Naturliebhabern', die ihre Einstellung immer wieder laut bekundeten. Schon während der Regierungszeit Indira Gandhis war die Umweltzerstörung zu einem globalen Problem avanciert, und sie hatte sich diesem Problem – wahrlich alleinig unter globalen Gesichtspunkten – gestellt. Ihre Rede vor der Umweltkonferenz der

Vereinten Nationen in Stockholm im Jahre 1972 war begeistert, und sie wurde darauf weltweit als bedeutende Vorkämpferin des globalen Umweltschutzes gepriesen, doch in ihrer Heimat tat sie wenig, um ihren hochtrabenden Ideen von einer besseren Welt Substanz zu verleihen. Während der 70er Jahre, als bereits viele Staaten darüber nachdachten, wie Ökosysteme effektiver geschützt werden könnten, hielt Indien unbeirrt daran fest, Aspekte des Umweltschutzes auf dem Altar der "Entwicklung" zu opfern. Damit folgte Indira Gandhi der Politik ihres Vaters Jawaharlal Nehru, der in den 50er und 60er Jahren den Bau von Großstaudämmen gefördert und diese als die "Tempel unserer Tage" bezeichnet hatte.

Als Rajiv Gandhi 1984 nach dem Tod seiner Mutter die Amtsgeschäfte übernahm, war auch ihm die Rolle des Umweltschutzes - besonders bei der Pflege seines internationalen Ansehens - bewußt. Man kann ihm zugute halten, daß er zumindest einige Schritte in die richtige Richtung unternommen hat, doch es handelte sich dabei zu keinem Zeitpunkt um eine Politik, die einen konsequenten Umweltschutz gefördert hätte. Es wurden weitmaschige Gesetze verabschiedet, die eine Unzahl von Hintertürchen offenhielten. Die Interessen der mächtigen Lobby der Holzwirtschaft und anderer Wirtschaftszweige wurden in keiner Weise angetastet.

Was stimmt also die indischen Umweltschützer so optimistisch, daß sich die Politik unter der neuen Regierung ändern wird? Der Start war zumindest ernüchternd. Schon bei der ersten problematischen Entscheidung, der Frage, ob der Tehri in Garhwal im Himalaya aufgestaut werden soll oder nicht, hat die Regierung klein beigegeben. Obwohl die neue Zentralregierung darauf bestand, Großstaudämme nicht zu befürworten, blieb die Bundesregierung, obwohl sie von der Nationalen Front gestellt wird, in ihrer Entscheidung hart, den Bau wie geplant fortzusetzen. Sunderlal Bahuguna, der Führer der Chipko-Bewegung verkündete ein Fasten bis zum Tode, falls der Bau des Tehri-Dammes fortgesetzt würde. Er verlangt von Maneka Gandhi die Zusage für weitere Konsultationen mit der Landesregierung über den möglichen Stop der Bauarbeiten. Der Protest hat sich insofern verschärft als andere Staudammgegner weitere Protestaktionen im Falle der Fortführung der Bauarbeiten angekündigt haben. Die Zentralregierung hat mittlerweile eine Expertenkommission eingesetzt, die ein neues Gutachten über den Staudambau ausarbeiten soll, das dem Kabinett als Entscheidungsgrundlage dienen wird. Beamten des Umweltministeriums zufolge scheint die Entscheidung für den Weiterbau jedoch bereits beschlossen, da mittlerweile zuviel Geld in das Projekt geflossen sei, um es jetzt noch rückgängig machen zu können. Auch die Tatsache, daß der Damm auf einer geologisch instabilen Gesteinsformation gebaut werden soll, ist nach Ansicht von Mitarbeitern keine ausreichende Begründung für einen Stop.

Sollte die neue Umweltministerin nicht in der Lage sein, dieses Projekt zu stoppen, würde das ihre erste große Niederlage bedeuten. Dennoch, sie repräsentiert

einen deutlichen Wandel in der indischen Politik und in der Einstellung der Regierung gegenüber Umweltthemen. Die Bemühungen, den Fall Bhopal wieder aufzurollen, sind das augenfälligste Beispiel dieser neuen Politik. Und trotz der resignierenden Haltung des Umweltministeriums, das Thema Tehri-Damm ist noch nicht endgültig vom Tisch. "Der entscheidende Unterschied zu früheren Regierungen ist die Tatsache, daß diese erstmals bereit ist zuzuhören," äußerte der Umweltschützer Shekhar Singh von dem in Delhi beheimateten Institut für öffentliche Verwaltung, der zugleich Mitglied des Tehri-Komitees ist. "Ich will nicht ausschließen, daß die Regierung unter Rajiv Gandhi an Umweltfragen interessiert war, doch ihre Funktionsweise hinderte sie daran, auch nur eines ihrer Anliegen konsequent durchzusetzen. Es war eine Regierung, die ihre Kraft und Stärke nicht aus dem Volk bezog, und gerade das ist die Voraussetzung, ohne die es unmöglich ist, Umweltschutzprojekte durchzusetzen," erklärt er weiter.

Wie Singh so ist auch Shyam Chainani von der 'Environmental Action Group' in Bombay optimistisch. "Mit der Wiederaufnahme des Verfahrens um die Entschädigung der Opfer der Giftgaskatastrophe von Bhopal ist ein Schritt in die richtige Richtung getan," erklärt er (siehe auch Interview mit George Fernandez in diesem Heft). Gleichzeitig beklagt er jedoch, daß Umweltschützer in Indien noch keine nennenswerte Lobby besitzen. Sie würden zu oft von einflußreichen Kreisen überstimmt. Dennoch blickt er hoffnungsvoll in die Zukunft. "Wenn es den Briten - Jahre nach den Deutschen - möglich war, sich zu einer 'Grünen' Politik zu entschließen, dann können wir Inder das auch." Weiter sagt er: "Das neue Bewußtsein ist nicht die Auswirkung der Bewegungen in den westlichen Industrienationen, sondern es basiert auf Problemen und Vorgängen, die die Menschen hier ganz hautnah betreffen."

Der in Bombay lebende Umweltschützer Bittu Sehgal - gleichzeitig Herausgeber des Magazins 'Sanctuary' - warnt jedoch vor einer zu optimistischen Sichtweise.

"Es wird kein leichter Weg. Zumindest ist die Regierung dazu gezwungen worden, einzusehen, daß sie das, was gegenwärtig auf dieser Welt passiert, nicht ignorieren kann." Gleichzeitig betont er, daß es immer noch eine weitverbreitete Ansicht sei, Umweltthemen als "luxuriösen Fetisch" einer Minderheit zu betrachten. "Ökologische Themenstellungen haben den Stellenwert, den sie heute erlangt haben, nur deswegen, weil eine Basisbewegung die Grundlage bildet," behauptet Sehgal und er weist das Argument, Umweltbewußtsein habe nur Beachtung gefunden, weil es modern sei, entschieden zurück. "Die Menschen haben verstanden, daß diese Themen ganz konkret ihr Leben und ihre Umwelt berühren," erklärt er.

Sehgal klagt die Regierung unter Rajiv Gandhi der willkürlichen Genehmigung von Staudamm-Großprojekten an. "Das Narmada-Projekt war keine nationale Entscheidung sondern ganz allein die Entscheidung der 'Congress-I'-Partei." Während keiner in Indien eine radikale Veränderung erwartet hatte, stellt doch gerade der jetzt mögliche freie Zugang zu Informationen einen entscheidenden Teilerfolg der Umweltschützer dar.

Das ist genau der Punkt, an dem die Planungskommission einbezogen werden kann. Schon jetzt zeichnet sich eine entscheidende Veränderung ab. Dieser Prozess dokumentiert sich darin, daß Kommissionsmitglieder wie Laxmi Jain, Rajni Kothari und Ela Bhatt, die konsequent für die Belange des Umweltschutzes eintreten, die Bevölkerung aber auch Personen aus Wissenschaft und Technik zur Mitarbeit ermuntern. Allerdings ist gleichzeitig die Frage zu stellen, was und wieviel Intellektuelle, Sozialarbeiter und Laien selbst mit den besten Vorsätzen erreichen können?

Anil Agarwal vom Zentrum für Wissenschaft und Umwelt in Delhi - wie auch andere Umweltschützer - betont, daß eine Partei oder ein einzelner Minister, der wirklich an Umweltfragen interessiert ist und bereit ist, sich Argumenten und Diskussionen zu stellen, nicht

ausreicht, die Probleme zu lösen. Wichtig sei es, einen integrierten Ansatz zu finden, der alle Abteilungen und Ministerien in die Planung und Durchführung von Maßnahmen einbezieht.

Mittlerweile scheint diese Einsicht auch ins Ministerium Maneka Gandhis Eingang gefunden zu haben. Das Umweltministerium hat die Neufassung von mehr als zehn Gesetzestexten empfohlen. Dabei handelt es sich unter anderem um Bestimmungen über gefährliche Chemikalien, Fragen der Haftung, Lärmbelästigung etc. Aus dem Ministerium wurde zudem bekannt, daß das vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Devi Lal in Haryana geplante 'Disneyland' keine Chance habe, jemals gebaut zu werden, wenn es nicht eine ganze Reihe von Umweltschutzaufgaben erfülle. "Wir arbeiten darauf hin, das Umweltministerium stärker als jedes andere Ministerium zu machen," versichert die neue Ressortchefin. "Vielleicht werde ich schon morgen nicht mehr in diesem Amt sein, doch eines ist sicher. Unsere Umwelt darf nicht Spielball der verschiedensten Interessen sein," fügt sie hinzu.

Neben der Stärkung der Umweltschutzgesetzgebung und der Schließung von Gesetzeslücken plant Maneka Gandhi die Schaffung neuer Instanzen, die bislang in noch keinem anderen Land der Erde bestehen: die Umweltgerichte. Der pensionierte Jurist P.N. Bhagwati wurde bereits damit beauftragt, ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten. Das Justizministerium und die Zentralregierung haben diesem Vorhaben bereits prinzipiell ihre Zustimmung erteilt. Auf Distriktebene sollen Überwachungskomitees eingerichtet werden, die der Bevölkerung gewisse Entscheidungsbefugnisse übertragen können und damit ein gewisses Verantwortungsbewußtsein für den Umweltschutz auf unterster Ebene schaffen.

Als weitere Aufgabe hat sich die Ressortchefin die Entwicklung neuer Alternativen zum traditionellen Brennstoff Holz gestellt. So sollen Methoden erarbeitet werden, Müll und Küchenabfälle in Brennstoff zu

The poster features a grid of 20 tree stumps arranged in four rows of five. The top row has four stumps, and the bottom row has five. The text is as follows:

Environment
 Years of growth!
 Slashed down!

SAVE THE TREES PLANT MORE TREES

SOLIDARITY ENVIRONMENTAL GROUP MADRAS

verwandeln. Daneben plant sie die kurzfristige Umstellung auf bleifreies Benzin, in einem Land wie Indien, immerhin dreizehnmal so groß wie die Bundesrepublik, eine zumindest momentan illusorische Absicht. Zudem wäre die Folge, daß der Großteil der indischen Fahrzeuge verschrottet werden müßten, da Veteranen mit einer in der Regel aus den vierziger Jahren stammenden Technik das Straßenbild beherrschen.

Da der Schutz von Tieren bislang eines ihrer zentralen Anliegen war, ist zu vermuten, daß sie versuchen wird, die Gesetzgebung zum Schutz vor Tierquälerei ihrem Ministerium, und nicht wie bisher dem Landwirtschaftsministerium, unterzuordnen.

Ihr Vorgehen war bislang jedoch nicht immer geschickt. So hat sich Maneka Gandhi bereits bei der Regierung des Bundesstaates von Uttar Pradesh unbeliebt gemacht, indem sie öffentlich behauptete, die Beamten der Forstbehörde seien korrupt. "Vermutlich sind sie es, aber wir befürchten, daß sie mit einem derartigen Verhalten die gesamte Öffentlichkeit gegen sich aufbringen wird, und damit wäre ihr die Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit entzogen," äußert ein Beamter des Umweltministeriums.

Dennoch, wie auch immer ihr Verhalten oder ihre Sachkenntnis sein mögen, wichtig allein ist die Tatsache, daß die neue Regierung nicht mehr in dem Glauben lebt, Umweltschutz sei ein Arbeitsbereich von untergeordneter Rolle. "Umwelt, das bedeutet nicht nur hübsche Bäume und Tiger, bedrohte Pflanzen und Ökosysteme," so faßt es Anil Agarwal zusammen. "Umwelt, das ist die Gesamtheit dessen, auf dem unsere Landwirtschaft und unsere industrielle Entwicklung basiert."

Diese Einsicht scheint sich spät aber vielleicht noch nicht zu spät auch bei den Verantwortlichen in der indischen Politik durchgesetzt zu haben. Wieweit allerdings den Worten von Maneka Gandhi Taten folgen und inwieweit vor allen Dingen die anderen Ministerien Kooperationsbereitschaft signalisieren werden, das bleibt abzuwarten. Vorsichtiger Optimismus ist dennoch durchaus angebracht. Das Umweltministerium hat seine Alibi-funktion zumindest vorläufig abgeschüttelt. Ob es allerdings zum Aktivposten der neuen indischen Regierung werden kann, bleibt fraglich.

Ralf Tepel

ökozid 5



Claus Euler (Hrsg.)

»Eingeborene« – ausgebucht
Ökologische Zerstörung durch Tourismus

»Niemand wandelt ungestraft unter Palmen«, sagte schon Goethe, doch heute fühlen sich schon so viele Touristen von diesem Ursymbol für tropische Ferien angezogen, daß sich selbst Dänemark als Tropenland vermarktet. Die raffinierte Werbung mit unseren Sehnsüchten macht alles möglich.

ÖKOZID 5 (1989) will der gerade in den letzten Jahren immer heftiger geführten kritischen Diskussion über den Zusammenhang zwischen *Tourismus* und *Umweltzerstörung* mit aktuellen Beiträgen Rechnung tragen. Es sollen dabei auch die Betroffenen aus den Ländern und Regionen, in denen die Erstellung und Unterhaltung einer touristischen Infrastruktur wichtiger zu sein scheint, als die Erhaltung der Natur, selbst zu Wort kommen.

Betrachtungen zum Ferntourismus stehen im Vordergrund: Die Lockworte der weiterhin stark expandierenden Tourismus-Industrie stürzt die vom öden Alltag in der eigenen Kultur nach Erotik, Paradiesen und Abenteuer lechzenden Massen-Wohlstandsbürger ohne Beachtung der Folgen in die letzten noch weißen Flecken der touristischen Weltkarte und macht jeden etwas anstrengenderen Wanderurlaub gleich zum Trekkingabenteuer. Exotische Menschen, Landschaften, ja ganze Kulturen werden ebenso zum Konsumgut, wie der schon alltäglich gewordene Genuß von Ananas oder Bananen. Die Branche ist dabei in ihrer von kolonialistischem Vokabular durchsetzten Werbung zum Angebot immer ausgefallenerer Ziele gezwungen, wartet in jeder Saison, nach »Rekognoszierungsreisen« mit »Weltneuheiten« auf und umgarnt jeden Kunden mit dem Entdeckermythos eines modernen Columbus. Dabei nimmt sie wenig Rücksicht auf die Naturzerstörung, die Ausrottung der letzten noch in Unabhängigkeit von der westlichen Einheitskultur lebenden ethnischen Minderheiten oder gar die Bedürfnisse von Ortsansässigen in unseren Breitengraden.

Von den Ursachen der Befriedigung unseres Geltungsbedürfnisses durch Reisen bis zur konkreten Ausleuchtung von Fallbeispielen der Zerstörung von Umwelt durch Tourismus – in den Alpen, im peruanischen Regenwald oder in der Südsee – reicht das Betrachtungsspektrum, das anregen soll, über eigenes Reiseverhalten neu nachzudenken.

(Herausgeber Claus Euler)

Mit einem Vorwort von Prof. Jost Krippendorff

ISBN 3-88349-374-0